



Merkels riskante Operation

Die Öffnung der CDU Richtung SPD hätte leicht schief gehen können

Matthias Jung, Vorstand der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim November 2009, veröffentlicht im Cicero 11/2009, S. 68.

Die Union hat bei der Bundestagswahl unter den Bedingungen des gesamtdeutsch etablierten Fünf-Parteien-Systems das zweit-schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren. Sie hat gegenüber 2005 knapp zwei Millionen Stimmen weniger erhalten. Das klingt dramatisch. Nur: Sie - und nicht die FDP - hat die Wahl für Schwarz-Gelb gewonnen. Eine Wahl, bei der eine Mehrheit nicht wirklich bewusst einer schwarz-gelben Regierung ein Mandat erteilt hat. Damit hat Merkel etwas geschafft, woran noch vor gut einem Jahr fast niemand mehr geglaubt hatte. Damals war die vorherrschende Meinung, dass es am Schluss ja doch nur für eine große Koalition reichen wird.

Basis dieses Regierungswechsels ohne Wechselstimmung war zunächst einmal die Vermeidung der strategischen Fehler von 2005. Damals hatte die Union gemeint, mit einer klar wirtschaftsliberalen Programmatik in großer inhaltlicher Nähe zur FDP punkten zu können. Die Fokussierung auf marktliberale Positionen hat aber nicht nur dem catch-all-Prinzip, das die Volksparteien groß gemacht hat, widersprochen, sondern ignorierte auch die programmatische Pluralität der Union. Sie führte zu einer Konzentration des Wettbewerbs mit der FDP um die gleichen Wählerschichten, die machtpolitisch irrelevant blieb, und dem begnadeten politischen Kommunikator Gerhard Schröder die Chance bot, Union und FDP das Prädikat „sozialer Kälte“ zu verleihen. Am Schluss fehlten für eine parlamentarische Mehrheit die machtpolitisch entscheidenden Stimmen in der Mitte, die die Union bei der SPD hätte holen müssen.

Um diese Fehler 2009 zu vermeiden, war eine partielle Positionsverschiebung der Union Richtung Mitte notwendig, die von den

innerparteilichen Gegnern als „Sozialdemokratisierung“ kritisiert wird. Diese Operation erforderte einen erheblichen Blutzoll gegenüber der FDP, um ausreichend Geländegewinne Richtung SPD erzielen zu können - frei nach Blücher: Getrennt marschieren und dann vereint mit der FDP gewinnen. Erleichtert wurde diese programmatische Wiederentdeckung des Sozialen in der Union durch die Wirtschaftskrise.

Gleichzeitig präsentierte sich die Union mit der Kanzlerin und ihrer Familienministerin auf der Höhe der gesellschaftlichen Modernität, was ihr erhebliche Gewinne z.B. bei der Gruppe der 30- bis 45-jährigen Frauen einbrachte, wo sich die Union früher immer extrem schwer getan hatte.

Mit dieser programmatischen Ausrichtung minimierte die Union die Angriffsfläche für den politischen Gegner von links und präsentierte eine pragmatische, international angesehene Kanzlerin, die für ein leidlich erfolgreiches muddling-through stand, in einer Zeit, in der niemand Patentrezepte anbieten konnte.

Diese Strategie war erfolgreich, sie war alternativlos, aber sie war hochriskant. Das Risiko, bei den Wählern für diese Operation keine Mehrheit mit der FDP zu finden, war hoch. Ungleich größere Gefahr drohte und droht diesem Projekt der Modernisiererin Merkel von den fundamentalistischen Parteikadern der CDU/CSU, die ähnlich wie die Kader der anderen Parteien zunehmend das Wissen über die Befindlichkeit ihrer eigenen Wählerschichten verloren haben, weil sie sich fast immer nur in den Milieus ihrer hardcore-Anhänger tummeln und weil natürlich die alten ideologisch aufgeheizten Auseinandersetzungen viel mehr Freude machten als das spröde „Einerseits-andererseits“ der Jetzt-Zeit.

Aber trotz aller Neupositionierung der Union ist dabei keine völlig neue Partei entstanden: Auch bei dieser Wahl hat die CDU/CSU im Westen bei der Gruppe der Katholiken mit einer starken Kirchenbindung ein Wahlergebnis von 67 Prozent erzielt. Vergessen wird dabei oft, dass diese Gruppe heute gerade noch acht Prozent aller Wahlberechtigten stellt. Dort noch bessere Ergebnisse oder noch höhere Wahlbeteiligungen zu erzielen, könnte somit das Unionsergebnis nur um Zehntelpunkte verbessern.

Insgesamt wollen die konservativ-klerikalen Kritiker nicht wahrhaben, dass wir in einer entideologisierten Zeit leben. Dabei ist es nicht die „Schuld“ der Union, dass die alten konfessionellen und ideologischen Muster nicht mehr die gleiche sinnstiftende Relevanz für einen Großteil der Wählerschaft haben wie früher. Aber eine Partei muss darauf reagieren, auch wenn das zu Friktionen führt.

Wie stark die innerparteilichen Kritiker werden können, wird wesentlich davon abhängen, wie erfolgreich Merkel als Regierungschefin sein wird. Sie hat vom Wähler ein sehr persönliches Mandat für ein leicht modifiziertes „Weiter so“ erhalten. Sollte die neue Koalition eine ausgewogene Balance zwischen ökonomischen Wachstumsanforderungen und sozialer Sicherheit nicht hinbekommen, droht Merkel zu scheitern, bevor ihre Modernisierungsoperation in der CDU abgeschlossen ist. Und das in einer Phase, in der die SPD wegen ihres Linkskurses die Flanke zur Union zwangsläufig entblößen wird. Eine historische Chance für eine neupositionierte Union, aber auch ein enormes Risiko angesichts des innerparteilichen Widerstandes. Wie Modernisierer an solchen Strukturen scheitern können, kann man am Beispiel Gerhard Schröders studieren.